



Utrecht

Eine Kombination aus lokaler Innovation und strategischer Lobbyarbeit

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1. Die Entwicklung von „Bett, Bad, Brot“

-Unterkünften und Unterstützung während der Pandemie

3.2. „Plan Einstein Overvecht“: Kontextbezogene Asylzentren

3.3. Plan Einstein Haydn & das Einstein Hub

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

Alle migrationspolitischen Maßnahmen der Stadt zielen darauf ab, Geflüchteten einen frühen und vielversprechenden Start zu ermöglichen. Außerdem sind die Maßnahmen auf die individuellen Bedürfnisse und Ambitionen der Geflüchteten ausgerichtet.

2

Mit dem Projekt 'Plan Einstein' entwickelte die Stadt Utrecht einen völlig neuen Ansatz für die Aufnahme von Zuwander:innen. Das Programm beruht auf 'kontextsensiblen Asylzentren', die inklusiv gestaltet sind und Geflüchteten und anderen Bewohner:innen des Viertels kollektive Räume für Aktivitäten auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gemeinsamen Interessen bieten.

3

Utrecht kombiniert erfolgreich lokale Innovationen bei Eingliederungsmaßnahmen für 'irreguläre' Migrant:innen mit strategischer Lobbyarbeit auf nationaler Ebene. So stärkt die Stadt ihren Einfluss auf die Migrationspolitik auch über die städtische Ebene hinaus.

Was ist das Besondere an der Stadt?

Langjährige Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft: Utrecht führt die Entwicklung von innovativen Inklusionsmaßnahmen für Geflüchtete, Asylbewerber:innen und undokumentierte Migrant:innen seit Jahren an. Als erste niederländische Stadt unterstützte sie 'irreguläre' Migrant:innen neben der sozialen Soforthilfe auch mit rechtlichem Beistand. Die Stadt pflegt langjährige Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und Solidaritätsorganisationen. Geschickt verknüpften die lokalen Akteur:innen das Thema Menschenrechte mit lokalen Debatten. Der Fokus auf eine Politik für Asylbewerber:innen und undokumentierte Migrant:innen unterscheidet Utrecht von anderen niederländischen Städten.

Wo liegt der Schwerpunkt der lokalen Migrationspolitik?

Asylzentren als soziale Nachbarschaftszentren neu erfinden: 2015 entwickelte die Gemeinde ihre eigenen innovativen und alternativen

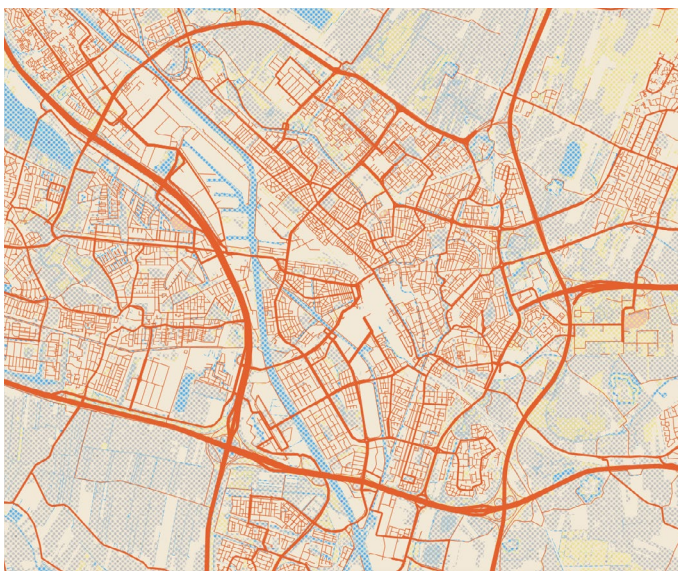
Ansätze zur Aufnahme von Asylbewerber:innen und Geflüchteten. Für dieses Projekt beantragte Utrecht eine EU-UIA-Finanzierung und erhielt europaweit große Anerkennung. Der „Plan Einstein“ setzt auf einen kontextsensitiven Ansatz und schlägt eine neue Form von städtischem Gemeinschaftsraum vor, von dem sowohl Geflüchtete als auch Anwohner:innen profitieren. Die Schaffung einer gemeinsamen Umgebung für soziale Aktivitäten erwies sich als wirksame Methode, um die lokale Unterstützung für Asylzentren aufzubauen und zu festigen.

Was sind die größten Erfolge?

Den Status von „irregulären“ Migrant:innen erfolgreich klären: Wissenschaftler:innen und Expert:innen lobten Utrechts Maßnahmen und die über 90%-ige **Erfolgsquote** bei der Klärung des 'irregulären' Status von etwa 900 Personen in den letzten zehn Jahren. Zwischen 2002 und 2019 führte dies in 59% der Fälle zu einem legalen Aufenthalt. Nur 8% wurden in die Illegalität abgeschoben. Diese Erfolgsquote liegt deutlich über dem nationalen Durchschnitt, wofür laut politischer Berater:innen die Expertise der lokalen NGOs entscheidend ist.

Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus

Die Stärke des Utrechter 'Advocacy'-Ansatzes liegt in der strategischen Nutzung verschiedener Formen von Lobbyarbeit und Möglichkeiten, sich gegenüber der Zentralregierung zu positionieren. Den verschiedenen migrationspolitischen Maßnahmen der Stadt liegt ein sorgfältig entwickelter Ansatz zugrunde, der sich in erster Linie auf die Menschenrechte und pragmatische Lösungen stützt. Die politischen Entscheidungsträger:innen in Utrecht betonen, dass die Ansätze zur Inklusion von Asylbewerber:innen und Geflüchteten mit unterschiedlichen politischen Agenden korrespondieren. Utrecht beteiligt sich auch an verschiedenen kommunalen, nationalen und internationalen Netzwerken, die an einer fortschrittlichen Migrationspolitik arbeiten.



Bevölkerung

352,866

Lage

Provinzhauptstadt der Provinz Utrecht

Bürgermeister

Sharon Dijksma ("Partij van de Arbeid"/Arbeiterpartei)

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Aufgrund ihrer langjährigen Tradition in der Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist die Stadt Utrecht kein Neuling in der progressiven Migrationspolitik. Einige der Utrechter Projekte für 'irregulären' Migrant:innen und Asylunterkünfte haben das Interesse Europäischer Politiker:innen und Expert:innen geweckt. Was Utrecht von anderen fortschrittlichen niederländischen Gemeinden unterscheidet, ist, dass die Kommune nicht nur außergewöhnliches Engagement für die Entwicklung von Inklusionsmaßnahmen für anerkannte Geflüchtete zeigt, sondern auch Maßnahmen für Asylbewerber:innen und undokumentierte Migrant:innen entwickelt hat.

Die verschiedenen Programme und Projekte der Stadt in den Feldern „Asyl, Migration und Integration“ lassen sich in drei Kategorien einteilen. Erstens gibt es die kommunale Unterstützung für 'irreguläre' Migrant:innen, die umgangssprachlich als „Bett, Bad und Brot“-Unterkünfte bekannt ist, und die juristische Unterstützung, die die Gemeinde undokumentierten Migrant:innen bietet. Zweitens gibt es das Konzept für Asylunterkünfte, das die Stadt entwickelt hat, vor allem über das Projekt „Plan Einstein“. Schließlich, und eng damit verbunden, ist der Aktionsplan zur zivilgesellschaftlichen **Integration** anerkannter Geflüchteter.

Förderung eines „frühen Starts“ für Neuzuwander:innen

Die Programme sind eng miteinander verknüpft und wurden vom gleichen Team von Politikberater:innen entwickelt. Sie zielen darauf ab, Geflüchteten einen frühen und vielversprechenden Start in der Stadt zu ermöglichen und basieren auf dem Glauben an die Vorzüge einer Unterstützung, die auf die individuellen Bedürfnisse und Ambitionen der Geflüchteten zugeschnitten ist. Diese Betonung eines „frühen Starts“ ist kein Klischee, sondern ein hart erkämpfter elementarer Bestandteil von Utrechts Ansatz. Im Jahr 2016 haben die politischen Entscheidungsträger:innen und Verantwortlichen von Utrecht eine Vereinbarung mit der Zentralstelle für die Aufnahme von Asylsuchenden (COA) ausgehandelt, um sicherzustellen, dass Geflüchtete in den örtlichen Asylunterkünften frühzeitig von lokalen Inklusionsmaßnahmen profitieren können. Einige andere niederländische Gemeinden, wie Amsterdam und Tilburg, haben ähnliche Regelungen getroffen. Die Wartezeiten für den Beginn der Asylbeantragung erreichten im Jahr 2020 ein Rekordhoch, wobei viele Asylsuchende 1,5 bis 2 Jahre auf den Beginn ihres Verfahrens warteten. War dieser „frühe Start“ schon 2015 wichtig, so ist er seitdem sogar noch wichtiger geworden.

Im Laufe der Jahre haben auch einige Stadtverordnete und Führungskräfte ihre Spuren in der Kommunalpolitik hinterlassen, indem sie bestehende Programme überprüft und im Rat neue Vorschläge für verschiedene Initiativen eingebracht haben. In der Kommunalverwaltung gibt es, abgesehen von dem Kernteam leitender Politikberater:innen, weitere engagierte Teams, die sich mit Geflüchteten-Politik befassen, wie z.B. das Team für anerkannte Geflüchtete in der Abteilung „Arbeit und Einkommen“. Einige dieser Teammitglieder haben einen (neuer dat-

ierten) Fluchthintergrund und spielen eine wichtige Rolle in der Kommunikation zwischen der Verwaltung und den lokalen Geflüchteten-Gemeinschaften.

Enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Zivilgesellschaft

Viele der kommunalen Asylprojekte und Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten wurden in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürger:inneninitiativen entwickelt. Allein im Pilotprojekt zur Entwicklung von Nationalen Einwanderungseinrichtungen für undokumentierte Migrant:innen (LVV, "Landelijke Vreemdelingenvoorzieningen", deutsch: nationale Einwanderungseinrichtungen) arbeitet die Gemeinde mit elf NGOs zusammen. Die folgenden Beispiele geben einen Einblick in das breite Spektrum an Initiativen von Einwohner:innen, Geflüchteten und lokalen NGOs, die von der Stadt Utrecht unterstützt werden.

Zum einen gibt es mehrere von der Stadt unterstützte Bürger:inneninitiativen, die 2015 von den Bewohner:innen und Geflüchteten ins Leben gerufen wurden. So begann die Stiftung **Willkommen in Utrecht** zunächst als Facebook-Gruppe, um verschiedene Willkommensinitiativen zu unterstützen und zu koordinieren, die 2015 für Geflüchtete in verschiedenen Notunterkünften entstanden sind. Unter anderem mit kommunaler finanzieller Unterstützung organisiert die Stiftung weiterhin stadtweite Aktivitäten für Geflüchtete und Einwohner:innen in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport.

Es gibt auch Nachbarschaftsinitiativen, die von der Stadt (finanziell) unterstützt werden, wie z.B. **De Voorkamer**, ein offener Treffpunkt und sicherer Raum für neue Erfahrungen und interkulturelle Inklusion. Er wurde von neu zugewanderten Geflüchteten und Ortsansässigen gemeinsam geschaffen und ist nur wenige Gehminuten vom Zentrum für Asylsuchende entfernt.

Utrecht ist eine Universitätsstadt, und mehrere Projekte, die von der Stadt mitfinanziert werden, richten sich an Studierende mit Fluchthintergrund. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist das **Inc/klUision**-Programm, das Neuzuwander:innen die Möglichkeit bietet, kostenlose Kurse an der Universität Utrecht zu belegen. Die Stadt unterstützt auch Initiativen, die sich für die soziokulturelle Integration von geflüchteten Studierenden in Student:innenwohnheimen einsetzen, dank ihrer Partnerschaft mit der **Gemeinschaft geflüchteter Studierender**, einem Projekt, das von einem lokalen Sozialunternehmen und einem Student:innenwohnheimunternehmen koordiniert wird.

Überblick über Solidarität der Zivilgesellschaft und von Bürger:inneninitiativen mit Geflüchteten:

- ◆ **Willkommen in Utrecht:** (Online-)Community zivilgesellschaftliche Organisation, die von Utrechter:innen in Folge der "Asyl-Krise" 2015 zur Koordinierung einer bottom-up-Unterstützung für Geflüchtete in der Stadt gegründet wurde
- ◆ **Neue Nachbar:innen:** (Online-)Community und zivilgesellschaftliche Organisation von Utrechter:innen in Folge der Asylkrise 2015 gegründet
- ◆ **De Voorkamer:** bürger:innennahes Designprojekt und kollektiver Raum, der für und von Geflüchteten und Bewohner:innen entworfen wurde
- ◆ **InclUUsion:** Projekt von Mitarbeiter:innen der Universität Utrecht, das Neuzuwander:innen die Möglichkeit bietet, kostenlos an allen Arten von Kursen der Universität Utrecht teilzunehmen
- ◆ **New Dutch Connections:** zivilgesellschaftliche Organisation mit Schwerpunkt auf soziokultureller Inklusion von Geflüchteten durch Kunst, Theater und Fortbildungen und Workshops; Projekt: „Akademie der Zukunft“ (Niederländisch: Toekomst Academie)
- ◆ **STIL:** NGO mit über 25 Jahren Erfahrung in der Organisation von Unterkünften, sozialer Nothilfe und juristischer Unterstützung für 'irreguläre' Migrant:innen
- ◆ **Villa Vrede:** Solidaritätsorganisation für Geflüchtete und Migrant:innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, ein Ort der Begegnung, Entspannung, Partizipation und persönlichen Entwicklung.
- ◆ **SNDVU:** Solidaritätsorganisation für Geflüchtete und Migrant:innen ohne geregelten Aufenthalt, die sich auf Unterkunft und soziale Nothilfe konzentriert.
- ◆ **Agnes van Leeuwenberch Stiftung** (niederländisch: Huize Agnes): bietet undokumentierten Frauen und ihren Kindern, die sich in besonderen und entsetzlichen Umständen befinden, vorläufige Unterkunft und Beratung.

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Die Entwicklung von „Bett, Bad, Brot“-Unterkünften und Unterstützung während der Pandemie

Die Gemeinde Utrecht ist dafür bekannt, langfristige Lösungen für die besonderen Probleme von undokumentierten Migrant:innen zu finden. Damit ist sie in den Niederlanden nicht allein, hat aber als erste Kommune die später als 'Bett, Bad und Brot'-Unterkünfte bekannt

gewordenen Einrichtungen entwickelt. Utrechts Ansatz zeichnet sich durch den Versuch aus, dauerhafte Lösungen zu finden, insbesondere eine Verbesserung der Aufenthaltssicherheit durch professionelle rechtliche Unterstützung. Weitere Schwerpunkte sind Menschenrechte, Advocacy und strategische Prozessführung sowie die lokale Zusammenarbeit mit NGOs.

Wissenschaftler:innen und Expert:innen heben den Utrechter Ansatz und seine **Erfolgsquote von über 90%** bei der Lösung des irregulären Status von rund 900 Personen in den letzten zehn Jahren hervor.¹ Zwischen 2002 und 2019 führte dies in 59% der Fälle zu einem legalen Aufenthalt, in 19 % zu einer unterstützten freiwilligen Rückkehr, in 13 % zu einem erneuten Asylantrag und damit zur regulären Aufnahme. Nur 8% landeten in der Illegalität.² Diese Quote liegt deutlich über dem nationalen Durchschnitt und die politischen Berater:innen in Utrecht sehen in der Expertise der lokalen NGOs einen entscheidenden Faktor.

Utrechts pragmatische lokale Lösungen für die schwierigen Umstände, mit denen sich undokumentierte Migrant:innen konfrontiert sehen, haben in der Vergangenheit zu Konflikten mit der nationalen Regierung geführt. Gleichzeitig stehen die Utrechter Politikberater:innen an vorderster Front bei nationalen Entwicklungen und Debatten, wie z.B. der Debatte zur Inhaftierung von Einwanderer:innen. Nach jahrelanger kommunaler Lobbyarbeit einigte sich die niederländische Regierung 2018 mit dem niederländischen Gemeindeverband auf ein landesweites Netzwerk von Unterbringungs- und Unterstützungseinrichtungen, das im Rahmen von fünf Pilotprojekten entwickelt und von der Zentralregierung finanziert werden sollte. Der Zweck dieser nationalen Einwanderungseinrichtungen (LVV) ist es, gemeinsam an nachhaltigen Lösungen für undokumentierte Migrant:innen zu arbeiten, indem sie zu einer unterstützten freiwilligen Rückkehr, Weiterreise oder Legalisierung des Aufenthalts führen. Diese Unterkünfte sind für Menschen ohne Aufenthaltsrecht und Anspruch auf reguläre Aufnahmeeinrichtungen gedacht. Seit April 2019 nimmt Utrecht an diesem wichtigen Pilotprojekt teil.

Vermittlung zwischen der Zentralregierung und lokalen NGOs

Für die Kommune bedeutete diese Vereinbarung die Anerkennung ihrer Schlüsselrolle durch die Zentralregierung und die Möglichkeit, gemeinsam an dauerhaften Lösungen für komplexe Fälle und Herausforderungen wie dem Fehlen von Regularisierungsmöglichkeiten zu arbeiten. Gleichzeitig stellte die enge Zusammenarbeit mit dem Einwanderungs- und Einbürgerungsdienst (IND) und dem Umsiedlungs- und Ausreisendienst (DT&V) eine Herausforderung dar, insbesondere um alle lokalen NGOs für dieses Pilotprojekt zu gewinnen. Unter den wachsamen Augen des Gemeinderats und nach enger Absprache unterzeichnete die Gemeinde einen zusätzlichen lokalen Pakt mit den örtlichen NGOs. Diese Vereinbarung bekräftigte die Verpflichtung, die weitere Umsetzung des erfolgreichen inklusiven Utrechter Ansatzes sicherzustellen. Dieser lokale Pakt und die ausdrückliche Verpflichtung, seinen integrativen Ansatz beizubehalten, unterscheidet Utrecht von anderen Pilotgemeinden.

¹ Spencer, S. (2020). Cities breaking the mould? Municipal inclusion of irregular migrants in Europe. In *Migrants with Irregular Status in Europe* (pp. 187-205). Springer, Cham.

² J. Braat (2019) *Presentation* at International Conference: Effective Alternatives to the Detention of Migrants City of Utrecht and C-MISE project

Während kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur:innen dies als Erfolg und wesentlich für den Gesamterfolg der LVV betrachten, stehen die Akteur:innen der Zentralregierung diesem Abkommen kritisch gegenüber.³

Es ist noch zu früh, um zu beurteilen, ob eine verbesserte politische Zusammenarbeit und nachhaltige Lösungen durch diese Pilotprojekte erreicht werden können. Ebenso schwer ist es, die Auswirkungen einiger vielversprechender Maßnahmen abzuschätzen, die Utrecht derzeit im Rahmen seiner Teilnahme am Pilotprojekt entwickelt. Eine erste landesweite Evaluierung zeigte, dass verschiedene Akteur:innen (zentralstaatliche Akteur:innen, Kommunen und NGOs) nach wie vor gegensätzliche Ziele haben.⁴ Eine Stadträtin in Utrecht erklärte, dass sie zwar stolz sei auf den Erfolg der Utrechter Lobbyarbeit, ihren Einfluss auf die landesweite Entwicklung des LVV-Projekts und die fortgesetzte Zusammenarbeit mit lokalen NGOs, das Pilotprojekt aber so etwas wie ein "Drahtseilakt" für die Kommune sei. Die Teilnahme an der LVV hat es der Stadt aber in jedem Fall ermöglicht⁵, weiterhin professionelle rechtliche Unterstützung anzubieten und partizipative Programme für undokumentierte Migrant:innen zu entwickeln.

Im Jahr 2020 nahmen 70 'irreguläre' Migrant:innen an Berufsausbildungen und -aktivitäten teil. Die Kurse konzentrieren sich auf zukunftsorientierte Fähigkeiten, wie z. B. Computer-, Lese- und Schreibtrainings oder das Erlernen der englischen Sprache. Zu den Aktivitäten gehören Sport-, Schwimm- und Musikunterricht sowie ein Gemeinschaftsgartenprojekt, das von der Villa Vrede organisiert wird, einer lokalen NGO, die Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung einen Ort der Begegnung, Entspannung und persönlichen Entfaltung bietet. Die Gemeinde hat auch eine Haftpflichtversicherung für alle LVV-Bewohner:innen abgeschlossen.

Im Vergleich zu anderen Pilotkommunen ist Utrechts Ansatz geprägt von der relativ langen Dauer der rechtlichen Unterstützung, der Nutzung dezentraler Unterkünfte und durch das Nichtbestehen einer maximalen Aufenthaltsdauer.⁶ Die Nutzung dezentraler Unterkünfte bedeutete auch, dass Utrechts undokumentierte Migrant:innen, die in nationalen Einwanderungseinrichtungen (LVV) untergebracht sind, weniger von der Pandemie betroffen waren als Migrant:innen in anderen Kommunen. Nichtregierungsorganisationen haben jedoch ihre Besorgnis über die Notlage von Menschen mit irregulärem Status geäußert, die sich nicht oder nicht mehr in LVV-Einrichtungen aufhalten konnten, insbesondere während der Pandemie. Im November 2020 appellierten NGOs an den Gemeinderat, die provisorischen 24-Stunden-Unterkünfte für alle Obdachlosen, die während der restriktivsten Zeit des Lockdowns nicht in Betrieb waren, gemäß der landesweiten Verordnung wieder zu öffnen. Am 5. November stimmte der Gemeinderat für einen Änderungsantrag, um sich entgegen der restriktiven nationalen Gesetzgebung für eine Überarbeitung dieser nationalen Verordnung und die Wiedereröffnung der Notunterkünfte einzusetzen. Dieses Beispiel zeigt die starke Bedeutung lokaler NGOs für integrative Maßnahmen für undokumentierte Migrant:innen und die komplexe anhaltende Dynamik zwischen Utrechts lokalen Ansätzen und den nationalen Vorschriften.

³ Regioplan (2020) und *Zwischen-evaluation* (2021)

⁴ Regioplan (2020)

⁵ Interview for Cities of Refuge 2019

⁶ Regioplan (2020), S. 54, 61, 68, 69

Neue Wege zur Regularisierung

Während die niederländische Zentralregierung eine restriktive Politik der Abschreckung gegenüber undokumentierten Migrant:innen verfolgt und sie von allen möglichen Leistungen ausschließt, baut Utrecht weiterhin verschiedene Wege zur Inklusion undokumentierter Migrant:innen im LVV-Projekt und darüber hinaus aus. Der restriktive nationale Rahmen führt jedoch dazu, dass es für ‚irreguläre‘ Migrant:innen im Vergleich zu anderen EU-Ländern nur sehr wenige Wege zu einer Bewilligung der Aufenthaltsgenehmigung gibt, weil die Anerkennungen nur sparsam und ausschließlich bei eindeutig humanitären Gründen angewandt wird.⁷ Die Utrechter Politikberater:innen sind sich bewusst, dass Perspektiven auf Beschäftigung oder Integration undokumentierter Migrant:innen in der Bewilligungspolitik anderer EU-Länder stärker berücksichtigt werden, wenn auch dort eingeschränkt, wie z. B. in Deutschland. So untersuchen Beamte der Stadt beispielsweise, ob Arbeitsplätze, nach denen in den Niederlanden eine wachsende Nachfrage besteht, einen (indirekten) Weg zur Legalisierung für undokumentierte Migrant:innen bieten können. Dazu gehören z.B. Lehr- oder medizinische Berufe. Obwohl Asylsuchende mit verschiedenen arbeitsmarktrechtlichen Einschränkungen konfrontiert sind, dürften sie eine befristete Beschäftigung in ‚Engpass-Berufen‘ aufnehmen. Während solche Wege zur Regularisierung undokumentierter Migrant:innen und Wege zu einer früheren Inklusion von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt noch nicht in einen politischen Vorschlag oder ein Projekt des Utrechter Gemeinderats mündeten, gibt es bereits einige vielversprechende Einzelfälle. Utrechts Inklusionsmaßnahmen für anerkannte Geflüchtete scheinen indirekt auch der Inklusion und Regularisierung von undokumentierten Migrant:innen in der Stadt zugute zu kommen. Wie einer der ehemaligen Politikberater:innen von Utrecht erklärt, eröffnete ein anerkannter Geflüchteter, nachdem er an einem Unternehmer:innenprogramm für anerkannte Geflüchtete im innovativen Asylbewerber:innenzentrum von Utrecht ‚Plan Einstein‘ (siehe 3.2) teilgenommen hatte, zwei Restaurants in der Stadt. Auch stellte er einen anderen ehemaligen Bewohner und aktives Gemeindemitglied des Plan Einstein-Heims an: einen jungen pakistanischen Mann, dessen Asylantrag von den niederländischen Einwanderungsbehörden abgelehnt wurde. Indem er seinen pakistanischen Freund in seinem Restaurant arbeiten ließ, wurde dessen Status reguliert, nicht durch ein formelles humanitäres Regularisierungsprogramm oder einen erneuten Asylantrag, sondern weil er eine Arbeitserlaubnis erhielt. Dies ist nur ein Beispiel für die Bedeutung sozialer Netzwerke, die sich sowohl zwischen als auch über Initiativen zur Inklusion hinaus bilden.

3.2 „Plan Einstein Overvecht“: Kontextbezogene Asylzentren

Utrecht entwickelte ein neues Modell für ‚kontextbezogene Asylzentren‘, die inklusiver arbeiten und sowohl Geflüchteten als auch anderen Anwohner:innen zugute kommen. Im Rahmen des Pilotprojekts teilten sich junge Einheimische und Geflüchtete Freiräume und Gemeinschaftsflächen. Auf diese Weise soll das Asylzentrum besser in die Nachbarschaft integriert- und Begegnungen auf Augenhöhe ermöglicht werden, wie solche, die auf gemeinsamen Interessen beruhen und von

⁷ Regioplan (2020) und für eine vergleichende Perspektive siehe: Albert Kraler (2019) Regularization of Irregular Migrants and Social Policies: Comparative Perspectives, *Journal of Immigrant & Refugee Studies*

denen sowohl Geflüchtete als auch die Lokalbevölkerung gegenseitig profitieren.

In vielerlei Hinsicht stellen Asylbewerber:innenzentren die niederländischen Gemeinden vor eine Herausforderung. Ein Asylbewerber:innenheim erleichtert eine direktere Einbindung und Aufnahme von Geflüchteten sowie einen früheren Beginn von Integrationsprogrammen, abgesehen von finanziellen oder wirtschaftlichen Vorteilen.⁸ Lokale Behörden fürchten jedoch auch die Bedenken oder sogar feindselige Reaktionen der lokalen Bevölkerung. (In den Niederlanden halten sich Asylsuchende während der gesamten Dauer ihres Asylverfahrens in diesen großen Asylzentren auf.)

Utrechts leitende Politikberater:innen haben reguläre Asylbewerber:innenzentren als ‚Grenzlager‘ und als ‚Staaten in der Stadt‘ bezeichnet, die sich dem Einfluss der Kommunen und den Bemühungen um integrativere Ansätze entziehen. Ein Mitglied des Stadtrates in Utrecht erklärte, dass Utrechts Vorschlag eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalen Asylpolitik sei und dass

„das Verteilen und Umsiedeln von Menschen als seien sie Pakete, bis sie eine positive Asylentscheidung erhalten – ob das Wochen oder Jahre dauert – (hat) wenig mit Menschenrechten zu tun: Weder mit den Menschenrechten Geflüchteter noch der anderer Einwohner:innen.“

Utrechts Bemühungen, mit dem Projekt ‚Plan Einstein‘ einen inklusiven Ansatz für die Aufnahme von Geflüchteten zu entwickeln, müssen in diesem Kontext verstanden werden. Die EU-Finanzierung und die Anerkennung des Projekts boten der Stadtverwaltung (im stark zentralisierten niederländischen Kontext der Asylpolitik) die seltene Gelegenheit, sich direkt an der Entwicklung eines alternativen Ansatzes für das Asylwesen zu beteiligen.

Kontextsensible Asylzentren

Im Jahr 2017 startete die Stadt Utrecht das ‚Utrecht Refugee Launchpad‘, auch bekannt als ‚Plan Einstein‘.⁹ Als die Stadtverwaltung ihre Pläne zur Eröffnung des Flüchtlingszentrums im Stadtteil Overvecht bekannt gab, machten viele Einwohner:innen dagegen mobil. Die Gemeinde bemühte sich daher um einen integrativen und kontextbezogenen Ansatz für die Aufnahme. Dem Projekt lag das Bestreben zugrunde, ein kontextsensitives Asylzentrum zu schaffen, das Geflüchteten und anderen Bewohner:innen des Viertels gleichermaßen zugute kommt. Im Stadtteil Overvecht entstand aus dieser Suche nach einer gemeinsamen Basis, ein gemeinsames Lern- und Lebensumfeld für Geflüchtete und Jugendliche aus der Region.

⁸ Wie z.B. zusätzliche Mittel der Zentralregierung für Investitionen in (kommunale) Bildungseinrichtungen und indirekte wirtschaftliche Effekte.

⁹ Für weitere Informationen siehe: Die Plan Einstein Website, [die Zusammenfassung \(2019\) der unabhängigen Evaluation des Projekts](#) und [die finale Auswertung](#).

Beim Projekt ‚Gemeinsames Wohnen‘ in ‚Plan Einstein Overvecht‘ lebten 38 junge Einheimische in einem Gebäude, welches an das Asylzentrum

angrenzt. Im Laufe des Projekts wurden hier 400 Geflüchtete untergebracht. Beide Gruppen teilten sich Freiflächen und Gemeinschaftsräume. Das Projekt bietet allen Bewohner:innen und der gesamten Nachbarschaft des Viertels Overvecht ein „zukunftssicherndes Kompetenztraining“ (in englischer Sprache) an. Ziel des Projekts war es, das Asylzentrum besser in das Viertel zu integrieren und Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen, die z.B. auf gemeinsame Interessen aufbauen und die den Geflüchteten und der Lokalbevölkerung zugutekommen. Das Projekt wurde auf der Projektwebseite des Urban Innovative Action Fund ausführlich dokumentiert und von einem unabhängigen internationalen Forschungsteam evaluiert. Als der Mietvertrag für das Gebäude, in dem das ursprüngliche Projekt stattfand (Einstein Overvecht), im November 2018 auslief, setzte die Gemeinde diesen Ansatz in Folgeprojekten fort (Plan Einstein Haydn & Plan Einstein Hub).

Politiker:innen in Utrecht, wie die stellvertretenden Bürgermeister:innen, sehen in Plan Einstein eine gute Antwort auf die Proteste und Beschwerden, mit denen die Stadt konfrontiert war, als sie erste Pläne für ein Asylzentrum im Stadtteil Overvecht bekannt gab. Während das Abwägen der potenziellen Belastungen und der Vorteile die lokalen Reaktionen und die Arbeitsweise der Gemeinde prägte, geben diese positiven und negativen Einzelbilder nur einen Teil der Geschichte wieder. Utrecht steht weiterhin vor der Herausforderung, innerhalb eines restriktiven nationalen Asylregimes einen eigenen Ansatz zu entwickeln.

Vision: ein „kommunaler Freiraum“

Eine:r der Projektkoordinator:innen der Stadt Utrecht beschreibt ‚Plan Einstein‘ als einen ‚kommunalen Freiraum‘, der eine Atempause vom Asylverfahren und einen Zugang zu einer inklusiven Welt bietet, die auf Gleichberechtigung und gemeinsamen Interessen basiert.¹⁰ Die Freiräume innerhalb des sonst so restriktiven Asylregimes haben auch eine konkrete Dimension: Die Gemeinschaftsräume von Plan Einstein wurden neu gestaltet und renoviert, um den Raum für die Nachbarschaft einladender zu gestalten, ein Prozess, an dem Menschen aus dem Asylzentrum, Bewohner:innen von Socius in Overvecht und den Projekten Overvecht und Haydn, sowie die Nachbarschaft beteiligt waren.

Die „zukunftssichernden Kompetenztrainings“, wie z.B. professionelle Englisch- und Unternehmenskurse, sind so organisiert, dass sie Geflüchteten, Bewohner:innen und der Nachbarschaft zugute kommen. Diese Kurse bilden für die berufliche Zukunft der Teilnehmenden aus, unabhängig davon, in welchem Land sie letztendlich leben werden. Dieser pragmatische Ansatz steht in starkem Kontrast zu integrationistischem und assimilationistischem Denken, das in vielen niederländischen Gemeinden verbreitet ist, und trägt der zunehmenden Mobilität der städtischen Bevölkerung Rechnung.

Neben Erfolgen und Innovationen identifizierten die Gemeinde und ein unabhängiges Forscher:innenteam auch Herausforderungen, Defizite und Lehren. Das unabhängige Forscher:innenteam des Oxford Zentrums für Migrationspolitik und -gesellschaft (COMPAS) wies auf den kurzen Zeitrahmen des Projekts hin, was allerdings nicht in den Händen

¹⁰ Interview Niene Oepkes, Humanity House Februar 2020

der Partnerschaft lag.¹¹ Sie sagten auch, dass einige Projektpartner:innen den Austausch von Best Practices und das Feiern von Plan Einsteins positiver Geschichte kritisierten, weil dies eine Selbstreflexion und -kritik behindern könnte.¹²

3.3. Plan Einstein Haydn & das Einstein Hub

Eine der größten Herausforderungen für innovative Projekte im Allgemeinen ist ihre langfristige Nachhaltigkeit. Die Utrechter Politikberater:innen haben diese Herausforderung frühzeitig erkannt, so dass die Wirkung des Plan Einstein auch nach dem Ende des Projekts und seiner Finanzierung anhielt. Die Utrechter Stadtverwaltung hatte angestrebt, die Grundprinzipien des Plan-Einstein-Zentrums auf die reguläre, von der zentralen Aufnahmestelle (COA) betriebene Unterkunft für Asylwerbende zu übertragen. Eine Möglichkeit, eine nachhaltige Struktur zu erreichen, bestand darin, die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten lokalen Partner:innen wie Kunst- und Kulturorganisationen zu stärken.

Als das Projekt 2018 vom ursprünglichen Standort (Overvecht) in die reguläre Unterkunft für Asylsuchende (Haydn) verlegt wurde, traten alte ideologische Differenzen wieder auf. Die Eröffnung eines Gemeinschaftsraums, eines Wohnzimmers für gemeinsame Aktivitäten und Begegnung, wurde zu einer umstrittenen Angelegenheit. Die niederländische Zentralisierte Aufnahmebehörde (COA) behielt die juristische Zuständigkeit, beauftragte aber ein kommerzielles Unternehmen mit der Verwaltung. Dieses wurde von einem professionellen Barista geführt, bei dem Asylbewerber:innen für niedrige Löhne arbeiteten. Die Kommunalverwaltung wollte "einen frei zugänglichen und offenen Raum, an dem Kaffee kostenlos angeboten werden konnte." (Oliver, Dekker und Geuijen, 2020, S.128).¹³

Die Verhandlungen spitzten sich 2019 zu einem Konflikt zu, aber die Zusammenarbeit wird fortgesetzt und die Stadt entschied sich für eine pragmatische Lösung. Die Aktivitäten werden nun in einem neuen 'offenen Raum' in einem angrenzenden Gebäude fortgesetzt, das von der Kirche angemietet wurde. Geflüchtete, Anwohner:innen und lokale Akteur:innen wie Designer:innen und Künstler:innen aus der Nachbarschaft waren an Entwurf, Gestaltung und Dekoration dieses Gemeinschaftsraums sowie an der Organisation sozialer Aktivitäten und Workshops beteiligt.

Die Einbindung lokaler Kunst-, Kultur- und Designinitiativen sowie nachbarschaftlicher Gemeinschaftsorganisationen in den Plan Einstein Haydn ist Teil eines bewussten Bemühens, das Projekt an einen neuen nachbarschaftlichen Kontext anzupassen. Wie eine:r der (ehemaligen) Politikberater:innen von Utrecht erklärt, wurde vor über 25 Jahren die reguläre Asylunterkunft der Stadt, ASC Hadyn, in einer der reichsten Gegenden der Stadt eröffnet. Die Herausforderung in diesem Stadtteil besteht nicht darin, soziale Unterstützung für eine neue Einrichtung aufzubauen, sondern soziale Netzwerke und Verbindungen zwischen der bestehenden Unterkunft und dem Rest der Nachbarschaft zu ermöglichen, um eine sozialräumliche Ausgrenzung von Geflüchteten zu vermeiden.

¹¹ Abschließender Evaluierungsbericht des Utrecht Refugee Launchpad November 2019, S. 45

¹² Ibid, S.124

¹³ In einer der Interviews dieser Studie erklärte eine:r der Utrechter Politikberater:innen, dass es sich bei diesem von COA beauftragten Kaffeeunternehmen um eine profitorientierte Organisation handelt, die Asylbewerber:innen für 0,56 € pro Stunde beschäftigt.

Die Vorteile von lokal eingebetteten Unterkünften

Als Reaktion auf diese ideologischen Differenzen und auf der Suche nach einer neuen gemeinsamen Basis verstärkt die Politik in Utrecht nun die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten lokalen Partner:innen, wie z.B. Kunst- und Kulturorganisationen, in einem Folgeprojekt, dem Plan Einstein Hub. Die Idee ist, mit mehreren Organisationen und Veranstaltungsorten in der Nachbarschaft zusammenzuarbeiten, um ein Netzwerk von offenen Räumen für interkulturelle Inklusion aufzubauen. Zu diesen lokalen Knotenpunkten gehören Gemeinschaftsinitiativen wie De Voorkamer, kommunale Kunstzentren wie der „Wilde Westen“ und lokale Organisationen mit religiösem Hintergrund, die auch undokumentierte Migrant:innen unterstützen. Was Utrecht von anderen fortschrittlichen niederländischen Gemeinden unterscheidet, die ebenfalls die wichtige Rolle von Kunst- und Kulturorganisationen für die Ankunft und Inklusion von Geflüchteten erkennen, ist ein klares Bekenntnis zu langfristigen, sicheren und nachhaltigen inklusiven Ansätzen. Wie ein:e (ehemalige:r) Politikberater:in erklärt, machen diese Kooperationen zwischen der Stadtverwaltung, der Zivilgesellschaft und Bürger:inneninitiativen Inklusionsmaßnahmen für Geflüchtete in einem sich wandelnden politischen Klima oder unter [anderen] politischen Entwicklungen (z.B. nach den Wahlen) weniger anfällig.

Die Stadtverwaltung hat ihren Ansatz dank der Entwicklung des Plans Einstein auch als neuen politischen Rahmenplan für zukünftige Unterkünfte für Asylbewerber:innen in der Stadt abgesichert, ein Rahmenplan, der im September 2020 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Auch wenn es noch zu früh ist, um die Wirkungen auszuwerten, hat sich die Stadt zu mehreren vielversprechenden Initiativen verpflichtet, wie z.B. zur Einrichtung von Delegiertenbeiräten, die Asylbewerber:innen eine aktive Rolle bei der Organisation zukünftiger Unterkünfte für Asylsuchende verleihen.

Einige Monate vor der Veröffentlichung dieses neuen politischen Konzeptes sahen sich die Stadtverwaltung und das COA in einem anderen Stadtteil mit Protesten und Bedenken von Ansässigen bezüglich einer weiteren neuen Asyleinrichtung für unbegleitete Minderjährige konfrontiert. Die Nachricht über die Planung und den Kauf eines lokalen Gebäudes zu diesem Zweck durch das COA vor der Veröffentlichung und dem Beginn der partizipativen Verfahren verbreitete sich über WhatsApp-Gruppen in der Nachbarschaft. Dieses Vorgehen verärgerte die ohnehin schon besorgten Anwohner:innen und schließlich entschuldigte sich der Verantwortliche (Stadtrat) für diesen „Fehlstart“. Die Affäre steht in krassem Gegensatz zu den Kernprinzipien und bewährten Methoden von Plan Einstein. Diese Diskrepanz zeigt, dass Utrechts Asylansatz noch in Arbeit ist, dass er noch nicht beschlossene Sache ist und dass die Geschichte somit weitergeht.

4. Interessenvertretung und Vernetzung

Die Stärke des Utrechter Advocacy-Ansatzes liegt in der strategischen Nutzung verschiedener Formen der Lobbyarbeit und der Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung sowie in der Entwicklung innovativer Programme und Projekte. Grundlage der Migrationspolitik der Stadt ist ein sorgfältig entwickelter Ansatz, der sich in erster Linie auf Menschenrechte und Pragmatismus stützt, und nur in zweiter Linie auf humanitäre Prinzipien. Die politischen Entscheidungsträger:innen in Utrecht legen Wert darauf, dass Ansätze für Asyl und Integration von Geflüchteten entwickelt werden, die mit unterschiedlichen politischen Agenden in Einklang stehen. Utrecht ist außerdem Teil verschiedener nationaler und internationaler Städte-Netzwerke, die an einer progressiven Migrationspolitik arbeiten.

Die Stadt Utrecht hat viel Erfahrung mit dem Eintreten für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik. In jüngster Zeit hat ihr innovativer Ansatz für Asylunterkünfte, das Projekt Plan Einstein, auf internationaler Ebene die Aufmerksamkeit von Wissenschaftler:innenn und politischen Entscheidungsträger:innen auf sich gezogen. Viele der Utrechter Projekte, wie die Unterbringung von und Unterstützung für 'irreguläre(n)' Migrant:innen, stammen aus der Zeit vor dem „langen Sommer der Migration“ 2015. Utrechts Weg zu einer fortschrittlichen Stadt der Migrationspolitik lässt sich nicht auf einen alles entscheidenden Moment oder eine einzige Solidaritätserklärung zurückführen. Die kommunalen Programme und Lobbyarbeit sind oft eine direkte Reaktion auf die Umsetzung restriktiverer nationaler Rechtsvorschriften (niederländisches Linkage Act von 1997), Mängel dieser Rechtsvorschriften (niederländisches Integrationsgesetz 2013) oder fehlende oder bevorstehende Rechtsvorschriften (neu vorgeschlagenes Gesetz über Staatenlosigkeit 2019).

“Wenn wir an etwas arbeiten, versuchen wir immer, es auf nationaler Ebene durchzusetzen. Gleichzeitig tun wir, was nötig ist, mit dem Plan Einstein Asylheim oder den Bett-, Bad- und Brot-Unterkünften. Diese Projekte zeigen, was möglich ist und dass es andere, alternative Ansätze gibt. All das stärkt die Lobby auf nationaler Ebene.”

Jan Braat, leitender politischer Beamter

Talk the talk, while walking the walk

Als Reaktion auf diese ideologischen Differenzen und auf der Suche nach einem neuen politischen Leitfadenn Utrechts betonen hochrangige Berater:innen und Verantwortliche, dass ihre Politik im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen steht, und haben gelegentlich

auch ihren Ehrgeiz bekundet, mehr zu tun, als die nationalen Gesetze vorschreiben. Sie setzen sich für dauerhafte Lösungen und Unterstützung von undokumentierten Migrant:innen und Geflüchteten ein. Der Widerstand der Stadt gegen Besonderheiten der nationalen Gesetzgebung hat in der Vergangenheit zu angespannten Beziehungen zur Bundesregierung geführt. Die politischen Entscheidungsträger:innen in Utrecht verweisen indessen auch auf das, was sie für wichtige Siege und Meilensteine halten. Im Jahr 2018 erkannte die nationale Regierung beispielsweise die Führungsrolle der kommunalen Verwaltungen im Falle der Unterkünfte für 'irreguläre' Migrant:innen an. Diese Anerkennung erfolgte nach fast zwei Jahrzehnten kommunaler Lobbyarbeit, in denen Utrecht eine Schlüsselrolle spielte.

Menschenrechte und Pragmatismus als Schwerpunkt

Grundlage der Migrationspolitik der Stadt ist ein sorgfältig entwickelter Ansatz, der sich vor allem auf Menschenrechte und Pragmatismus und nur in geringerem Maße auf humanitäre Prinzipien stützt. Utrechts politische Entscheidungsträger:innen betonen, dass Konzepte für die Integration von Geflüchteten entwickelt werden, die mit unterschiedlichen politischen Agenden in Einklang stehen. Sie verweisen auch auf Utrechts langjähriges Engagement für Menschenrechte, ihre Position als erste niederländische „Menschenrechtsstadt“ und ihre Priorisierung von Pragmatismus über öffentliche Ordnung und Sicherheit, um kommunale Unterstützung für undokumentierte Migrant:innen zu begründen. Die Stärke des Utrechter Advocacy-Ansatzes liegt in der strategischen Nutzung verschiedener Formen der Advocacy und Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung sowie in der Entwicklung innovativer Programme und Projekte. Kommunale Akteur:innen stellen Utrecht explizit als fortschrittliche Menschenrechtsstadt dar – mit Statements auf Plattformen wie der Website der Stadtverwaltung und den sozialen Medien sowie mit der Unterzeichnung verschiedener Solidaritätserklärungen. Utrecht ist Unterzeichnerin der ‚Charta von Viterro‘ (2007) und der ‚Integrating Cities Charter‘ (2010). Sie hat an der Eurocities Erklärung (2015) zu ‚Asyl in Städten‘ und der ‚Erklärung zu schutzbedürftigen geflüchteten Kindern in Griechenland‘ (2020) mitgewirkt und diese unterzeichnet. Im März 2020 schloss sich Utrecht als eine der ersten niederländischen Städte einer „Koalition der Willigen“ an und erklärte sich dazu bereit, junge unbegleitete Geflüchtete aus Lagern in Griechenland in den Niederlande aufzunehmen. Allerdings beruht ein Großteil der ortsübergreifenden politischen Aktivitäten der Stadt auf stiller Diplomatie und Verhandlungen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit innerhalb von vielschichtigen Regierungsstrukturen und Netzwerken ablaufen. Eine:r der leitenden politischen Berater:innen von Utrecht erklärte, dass die Stadtverwaltung an verschiedenen kommunalen Kampagnen beteiligt sei, fügte aber hinzu, dass „Erklärungen oft ein hohes Maß an Machtlosigkeit widerspiegeln“.

Kommunale Netzwerk-Aktivitäten

Utrechts politische Entscheidungsträger:innen und Beamt:innen sind an verschiedenen nationalen und internationalen Netzwerken beteiligt, die

sich mit (undokumentierter) Migration befassen, wie dem G4-Netzwerk, einer Partnerschaft der vier größten niederländischen Gemeinden, Arbeitsgruppen des Niederländischen Gemeindeverbands (VNG) und dem LOGO-Netzwerk. Viele Jahre lang haben Utrecht und andere niederländische Städte an der Aushandlung eines Abkommens mit der Bundesregierung über soziale Nothilfe und rechtliche Unterstützung für 'irreguläre' Migrant:innen gearbeitet. In den Jahren vor 2018 arbeiteten die Politikberater:innen von Utrecht beispielsweise an 47 Versionen eines (letztlich nicht unterzeichneten) Entwurfs für ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und den Stadtverwaltungen über Unterkünfte für nicht erfasste Migrant:innen. Erst im November 2018, nach 18 Jahren der Lobbyarbeit und unter einem neuen Kabinett, einigten sich die Parteien auf ein nationales Netzwerk von Unterkünften, das mittels fünf lokaler Pilotprojekte entwickelt werden soll.

Zwischen 2009 und 2016 war Utrecht auch an einem strategischen Rechtsstreit beteiligt, einem Fall über soziale Nothilfe für undokumentierte Migrant:innen vor dem Europäischen Ausschuss für soziale Rechte (ECSR). Utrechts kommunale Akteur:innen verlangten Rechtsklarheit, damit die Stadt 'irregulären' Migrant:innen Schutz und Hilfe bieten kann, und arbeitete daher im Rahmen einer Klage gegen den niederländischen Staat beim Europäischen Ausschuss für Soziale Rechte (ECSR) mit einer NGO zusammen. Der ECSR stellte fest, dass die Niederlande gegen die Satzung verstoßen haben; Diese gerichtliche Entscheidung unterstützte die Bereitstellung von Unterkünften für undokumentierte Migrant:innen in Utrecht, obwohl die Rechtsstreitigkeiten vor inländischen niederländischen Gerichten fortgesetzt wurden.¹⁴

Utrecht ist zu guter Letzt auch ein aktives Mitglied der EUROCITIES-Arbeitsgruppe für Migration und Integration und europäischer Initiativen zum Wissensaustausch (z.B. Vorsitzender von C-MISE).

¹⁴ Weitere Informationen finden Sie im Gemeindeleitfaden von Delvino und Spencer (2019) <https://www.compas.ox.ac.uk/wp-content/uploads/CMISE-Migrants-with-Irregular-Status-in-Europe-Guidance-for-Municipalities.pdf>, S.21 (Abgerufen 2021) und <https://www.compas.ox.ac.uk/wp-content/uploads/City-of-Utrecht.pdf>

¹⁵ <https://plan-einstein.nl/en/locations/pahud-de-mortanges-dreef>

¹⁶ "Ihrem Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wurde stattgegeben, sie wurden bei der selbstständigen Rückkehr in ihr Herkunftsland begleitet oder es kam zu einer weiteren Migration in ein anderes Land" (<https://www.wodc.nl/actueel/nieuws/2022/11/25/pilot-landelijke-vreemdelingenvoorzieningen-vond-voor-18-van-deelnemende-migranten-bestede-oplossing>)

¹⁷ "Sie haben einen neuen Asylantrag gestellt. Dies war möglich, weil sich z.B. in der persönlichen Situation des Teilnehmers oder im Herkunftsland etwas geändert hat oder es aus medizinischen Gründen zu einer Verschiebung der Abreise kommt." (<https://www.wodc.nl/actueel/nieuws/2022/11/25/pilot-landelijke-vreemdelingenvoorzieningen-vond-voor-18-van-deelnemende-migranten-bestede-oplossing>)

¹⁸ <https://www.wodc.nl/actueel/nieuws/2022/11/25/pilot-landelijke-vreemdelingenvoorzieningen-vond-voor-18-van-deelnemende-migranten-bestede-oplossing>

¹⁹ Leider hat die Zentralregierung im Mai 2023 jedoch die Zahlung an die Kommunen für die LVV-Unterbringungen unerwartet eingestellt (<https://nl.times.nl/2023/05/09/govt-stop-paying-municipalities-sheltering-rejected-asylum-seekers>). Die NGOs und Zivilgesellschaft in den Kommunen kritisierten die Entscheidung scharf.

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

- ◆ Im Februar 2023 wurde das 'Plan Einstein'-Projekt um **Plan Einstein Pahud** erweitert. Teil des Projekts ist ein Studio auf dem Gelände des Asylzentrums (AZC) Utrecht Overvecht, in dem 30 junge Menschen aus Utrecht leben und sich mit den Bewohner:innen des Zentrums bei Workshops treffen können. Ein besonderes Augenmerk des Programms liegt auf der Förderung der Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete und dem Aufbau sozialer Netzwerke.¹⁵ Hier wird nochmals die von der Stadt Utrecht betonte Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ihrer integrativen Ansätze deutlich.
- ◆ Die Pilotphase des LVV-Projekts (Landelijke Vreemdelingenvoorzieningen, deutsch: nationale Einwanderungseinrichtungen) für Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Anspruch auf Unterbringung in regulären Aufnahmeeinrichtungen wurde im Jahr 2022 erfolgreich abgeschlossen. Der Abschlussevaluierung des Projekts zufolge, wurde für 18% der Beteiligten eine "dauerhafte Lösung"¹⁶ und für 41% eine "semi-permanente Lösung"¹⁷ für ihren prekären Aufenthaltsstatus gefunden. Außerdem hatte das Programm durch die individuelle Betreuung positive Auswirkungen auf das mentale Wohlbefinden der Teilnehmenden.¹⁸ Im Anschluss wurde von der Zentralregierung geprüft, ob das Projekt flächendeckend in den Niederlanden eingeführt werden kann und vom Kabinett im Koalitionsvertrag beschlossen, diese Art der Aufnahme landesweit auszubauen.¹⁹

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
